

Agrarpolitik für die Zukunft - für Landwirte, Verbraucher und die Umwelt



Positionspapier

Agrarpolitik für die Zukunft – für Landwirte, Verbraucher und die Umwelt

Wir wollen, dass die Landwirtinnen und Landwirte für stabilere Einkommen und unter besseren Arbeitsbedingungen wirtschaften. Zugleich müssen Böden, Wasser und Klima geschont und der Rückgang von Artenvielfalt und Insekten gestoppt und umkehrt werden.

Denn die Landwirtschaft befindet sich in einer ökonomischen und in einer ökologischen Krise und ebenso in einer des verloren gegangenen Verbrauchervertrauens. Diese Probleme müssen überwunden werden, wozu die bisherige Politik nicht ausreichte. Im Gegenteil hatte die jahrzehntelange Fixierung auf Produktivität und Wachstum der Produktion eben diese Folgen. Nun muss neben anderen Maßnahmen das gesamte Fördersystem umgebaut werden. Dabei dürfen die staatlichen Hilfen für die Landwirtschaftsbetriebe jedoch nicht zurückgehen, denn sie brauchen in diesem Transformationsprozess Unterstützung.

Ausgangssituation:

Die Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt, die Erzeugung von Futter- und Lebensmitteln wurde immer effizienter und intensiver. Dabei sind die Betriebe im Zuge des Strukturwandels auch in Baden-Württemberg immer weniger und zugleich größer geworden. Hinzu kommt ein weitgehend geöffneter globaler Markt, in dem auch die heimischen Agrarerzeuger agieren müssen. Sie konkurrieren mit Erzeugern weltweit und sie möchten exportieren. Deutschland ist in diesem Prozess zum drittgrößten Exporteur von Lebensmitteln geworden. Dennoch bietet die

Landwirtschaft für viele auch heute noch immer kein sicheres und auskömmliches Einkommen. Und die Intensivierung geht nach wie vor zulasten der Umwelt, der Artenvielfalt und des Tierwohls.

Der Staat, von der EU bis zu den Bundesländern, hat seit vielen Jahren mit Förderprogrammen und Ordnungspolitik versucht, auch Umweltbelange und Tierwohl zu berücksichtigen, zugleich aber auch die immer stärkere Intensivierung und indirekt den Export unterstützt.

Auch Landesprogramme wie das FAKT (Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) greifen nicht gut genug, da unter anderem nur ein Teil der landwirtschaftlichen Fläche von den Maßnahmen erfasst wird. Und das „Greening“ der EU-Politik erwies sich als weitgehend wirkungsloses, weil inhaltsleeres Instrument, das letztlich nur das „Weiter so“ kaschieren sollte.

Die Betriebe in Baden-Württemberg sind besonders von den Problemen der Branche betroffen: Sie sind kleiner als im Bundesschnitt, weshalb sie im nationalen wie internationalen Wettbewerb schlechter mithalten können. Viele von ihnen produzieren Milch, doch dieser Bereich ist durch EU- und weltweite Überproduktion ökonomisch stärker unter Druck als andere und deshalb durch starke Preisschwankungen gekennzeichnet. Und nicht zuletzt bieten die Böden und teilweise höheren Lagen ebenfalls eine schlechtere Ausgangslage für eine auskömmliche Agrarproduktion als bspw. für die Betriebe im nordwestdeutschen Tiefland.

Die bisherige Förderpolitik bot keine geeignete Grundlage, die Landwirtschaft aus diesem Dilemma herauszuführen. Sie muss deshalb reformiert werden, ganz weg von Direktzahlungen ohne Lenkungswirkung, hin zu Zahlungen für Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen. Derzeit erhalten 1% der Agrarbetriebe 20% der Direktleistungen ohne Gegenleistung, zugleich fließen die Direktzahlungen bei allen Landpachtenden Bauern über gestiegene Pachtpreise indirekt in die Hände der Grundeigentümer. Hinzu kommt eine zunehmende Beeinträchtigung der Landwirtschaft durch spekulative Bodenaufkäufe als Kapitalanlage.

Krisenfeste Landwirtschaft

Auch die Landwirtschaft und die nachgegliederten Wirtschaftszweige sind stark von den derzeitigen Verwerfungen und Problemen betroffen, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die dadurch ausgelöste Energiekrise mit sich bringen.

Manche Preise sind stark gestiegen, jedoch auch für die Erzeuger selbst, von Düngemitteln bis zu Energie. Zugleich leidet bspw. der Markt für Bioprodukte aufgrund der Inflation unter Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Es ist deshalb wichtig, dass alle staatlichen Hilfen zur Abfederung der Energiekrise auch den landwirtschaftlichen Betrieben in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen. Auch darf die Ökologisierung der Landwirtschaft und die Verbesserung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung deshalb nicht aufgegeben oder zurückgestellt werden.

Land-Bewirtschaftung

Etwa die Hälfte der Landesfläche Deutschlands ist landwirtschaftliche Nutzfläche in Form von Acker- oder Grünland. Der Ackerbau, ob für Futter, Getreide oder Biogas-Mais, ist durch immer modernere Methoden in den vergangenen Jahrzehnten ständig ertragreicher geworden. Zwischenfrüchte und Winterbegrünung sollen die Bodenerosion verhindern, während Ackerrandstreifen und Hecken für Natur und Artenvielfalt sorgen sollen. Letztere sind jedoch die Ausnahme von der Regel, viel zu oft trifft man auch in Baden-Württemberg auf eine ausgeräumte Intensiv-Agrarlandschaft. Und so bleibt der ökologische Erfolg aus: Die Belastung des Grundwassers mit Nitrat durch Überdüngung ist nach wie vor ein Problem und der Arten- und Insektenschwund hat rasant zugenommen. Die Menge an Insekten ist in den letzten 30 Jahren um 75-80% zurückgegangen, ebenso hält der Artenschwund unvermindert an. Das hat Folgen für Vögel, Amphibien, Reptilien, Kleinsäuger und auch für viele Wildpflanzen. Der Nähr-

stoffeintrag aus der Landwirtschaft in den Wasser- und Naturkreislauf ist im Durchschnitt noch immer zu hoch. Zugleich werden agrartechnische Erfolge mit größeren Erntemengen durch den Preisdruck des Marktes oft wieder einkassiert.

Die lange und mühsam reformierte Düngeverordnung des Bundes (DüngeVO) mit der neuen Stoffstrombilanz ist der richtige Weg, die Überdüngung zurückzufahren. Ob sie ausreicht, werden die nächsten Jahre zeigen, und dies hängt wesentlich von wirksamen Kontrollen ab, die bisher im Land kaum stattfanden.

Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz wurden in den letzten Jahrzehnten nicht weniger, sondern immer mehr Pestizide, Herbizide und Fungizide ausgebracht. Ihr Absatz in Deutschland stieg seit 2002 von 91.000 auf 114.000 Tonnen. Auch sie und ihre Abbauprodukte landen am Ende in unserem Boden, Grund- und Oberflächenwasser und beeinträchtigen den Naturkreislauf, insbesondere das Insektenleben. Der aktuell festgestellte Rückgang der Insekten (Gesamtmasse und Artenvielfalt) steht mit hoher Wahrscheinlichkeit in direktem Zusammenhang mit dieser Ausbringung, auch wenn noch nicht alle einzelnen Wirkungszusammenhänge bekannt sind.

Tierhaltung

Die vergangenen 20 Jahre brachten große Fortschritte in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. So heißt es in den Empfehlungen der „Borchert-Kommission“: „Die Ressourceneffizienz der Tierhaltung konnte in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht werden. So verbesserte sich die Futterverwertung, und der CO₂-Fußabdruck pro produzierter Mengeneinheit hat sich deutlich verringert. Ebenfalls wurden der Arzneimitteleinsatz sowie die durchschnittlichen Tierverluste verringert.“

Doch trotz einiger Fortschritte auch beim Tierschutz sind die Haltungsbedingungen noch lange nicht tiergerecht. Die Haltung von Geflügel im Freiland nimmt zu, ist aber hinsichtlich der Hygiene und Gesunderhaltung anspruchsvoller als die Stallhaltung.

Insgesamt ist unsere Art der Fleischerzeugung nicht umweltgerecht, weil zu viel eiweißhaltige Futtermittel importiert werden müssen und damit anderswo auf der Welt Flächen verbrauchen und die Umwelt beeinträchtigen. Auch trägt die Tierhaltung direkt und indirekt zur Klimaerwärmung bei. Neben einem maßvolleren Fleischkonsum sind deshalb eine Umstellung auf eine heimische Eiweißproduktion und eine extensivere Tierhaltung (Beispiel über Heumilcherzeugung oder Biolandbau) wichtige Ziele.

Größere Betriebe bringen nicht automatisch mehr Probleme für Umwelt- und Tierschutz mit sich. Auch sehr kleine Betriebe fallen bisweilen durch mangelnde Haltunqsqualität und Hygiene auf. Entscheidend ist das konkrete Haltnungsmanagement. Sehr große Tierhaltungen jedoch bergen große Risiken im Falle von Tierseuchen und sie belasten z.B. durch die Gülleverbringung riesige Flächen über den eigentlichen Hof des Erzeugers hinaus. Manche Regionen sind deshalb mit zu viel Stickstoffimmissionen belastet, nicht nur in Norddeutschland. Oft sind die Bestände zu groß, um gesundheitliche Probleme einzelner Tiere rechtzeitig zu bemerken. Das verleitet dazu, Antibiotika viel zu schnell und zu regelmäßig zu verabreichen. Die Antibiotika gelangen so in den Natur- und Wasserkreislauf und begünstigen die Entstehung multiresistenter Keime, die auch uns Menschen gefährden. Die Antibiotika-Minderungsstrategie der Bundesregierung ist der richtige Weg und hat bereits zur deutlichen Absenkung des Einsatzes geführt. Sie wird aber nur zum Ziel führen, wenn auch die Haltnungsbedingungen weiter verbessert werden.

Milchwirtschaft

Die Milcherzeugung ist besonders für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg von großer Bedeutung, denn rund 8.500 Betriebe im Land halten etwa 450.000 Kühe und Färsen (weibliche Jungrinder). Rinderhaltung ist in der Regel an Grünlandwirtschaft gebunden, deshalb ist die Milcherzeugung zugleich wichtig für den Landschaftserhalt und, bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung, ökologisch schonender als Ackerbau.

Durch die enorme Asymmetrie Tausender Erzeuger und weniger Handelsketten sind die Landwirte kaum in der Lage, den Milchpreis selbst mitzubestimmen. Zugleich sorgt eine leichte Überproduktion im geöffneten Weltmarkt für einen großen Druck auf die Preise bei zugleich hoher Volatilität.

Eine verbesserte Grünlandförderung sowie der Umbau des gesamten Fördersystems hin zu „öffentliches Geld für gemeinnützige Leistungen“ würde insbesondere die Milcherzeuger begünstigen, zumal diese auch mit Erzeugungsformen wie Heumilch Veredelung und Direktvermarktung ihre wirtschaftliche Situation verbessern können. Auch die Marktbeobachtung durch EU und Bund können zusammen mit temporären Erzeugungsbeschränkungen im Zusammenwirken mit den Erzeugern die Preise stabilisieren.

Besser für Mensch, Umwelt und Tier: Biologische Landbewirtschaftung

Gut 32.000 landwirtschaftliche Betriebe im Land gibt es, von über 6.000 davon werden knapp 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet. Die ökologische Wirtschaftsweise muss und soll weiterhin wachsen, so wie auch die Nachfrage wächst. Ein mittelfristiges Ziel von 30% bis 40% Bioanbau bis 2030 ist erreichbar und wünschenswert. Umstellungswillige Landwirtschaftsbetriebe müssen deshalb eine attraktive Förderung und Beratung dafür erhalten, auch die Ausbildung muss das stärker berücksichtigen.

Genauso wichtig ist es aber, dass auch die nicht biologisch erzeugten Lebensmittel so erzeugt werden, dass die Nutztiere nicht leiden, die Umwelt geschont und die Artenvielfalt erhalten wird. Auch sollen die Menschen in der Landwirtschaft sich nicht selbst ausbeuten oder ausgebeutet werden, sondern gute Arbeitsbedingungen haben.

Deshalb muss die Agrarpolitik insgesamt geändert werden. Eine zwangsweise Umstellung der gesamten Landwirtschaft auf biologische Haltung ginge jedoch mit gerade bei

Fleisch sehr spürbaren Preissteigerungen einher, und viele Verbraucher würden auf importierte billigere Produkte aus Ländern mit schlechteren Standards bei Schutz von Umwelt, Tier und Natur ausweichen. Deshalb ist es wichtig, dass die Umstellung freiwillig erfolgt und durch eine gute Förder- und Ordnungspolitik flankiert wird.

Von Spargel bis Wein – Sonderkulturen im Südwesten

Baden-Württemberg ist in besonderer Weise das Land der Sonderkulturen, von Tabak und Spargel über Obstbau und Unterglaskulturen bis hin zum Weinbau spielt dieses Segment hier eine herausragende Rolle. Doch diese Sonderkulturen haben oftmals auch besondere Bedürfnisse, wenn es um Bewässerung, Pflanzenschutz oder Düngung geht. Zudem erfordern sie meist den Einsatz von Saisonkräften. Die Programme des Landes und die Umweltauflagen des Gesetzgebers müssen dies berücksichtigen, damit Baden-Württemberg auch das Land der Sonderkulturen bleibt.

Hier sind Innovation und biologische Wirtschaftsweise oft besonders gut einsetzbar und ökonomisch lohnend. Insbesondere für den Wein-, Gemüse- und Obstbau müssen jedoch Lösungen zur für Biobetriebe erlaubten Schädlingsbekämpfung entwickelt und, wo vorhanden, auch rechtlich ermöglicht werden.

Die Förderung der Mehrgefahrenversicherung gegen Wetterextreme und Hagel begrüßen wir, denn der Klimawandel verschärft Risiken durch Wetterextreme auch und gerade für die Landwirtschaft.

Zudem bietet sich dieser Bereich ganz besonders für den Einsatz der Agri-Photovoltaik an. Zahlreiche Projekte im In- und Ausland zeigen, dass die gleichzeitige Nutzung der Fläche zur Erzeugung von Solarstrom sogar Ertragsverbesserungen bringen kann. Das Land muss diese Form der Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen planungsrechtlich vereinfachen und fördern.

Diversifizierung als Chance

Ob Energieproduktion aus Sonne oder Biogas, Landschaftspflege oder Vertragsnaturschutz, für die Landwirtschaft sind in den letzten Jahren wichtige neue Einnahmequellen entstanden. Oft können gerade diejenigen das besonders gut nutzen, die in benachteiligten Gebieten wirtschaften müssen (Freihalten von Bergwiesen und Mooren, etc.). Große Dachflächen für Photovoltaik sind meist vorhanden, und moderne Biogasanlagen versorgen das angrenzende Dorf über ein Nahwärmenetz. Landwirte sind die Rohstofflieferanten, wenn sie nicht selbst Betreiber sind. Diese Möglichkeiten müssen ausgebaut und wo nötig, weiterhin gefördert werden, denn sie nützen allen Beteiligten, den Betrieben, der Umwelt und dem Gemeinwohl. Dabei muss die Biogaserzeugung künftig immer mit der Wärmenutzung einhergehen und darf nicht weitere Flächen mit intensivem Ackerbau zur Folge haben.

Die Energieerzeugung mittels Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen bietet riesiges Potenzial und damit auch Einnahmemöglichkeiten für die Landwirtschaft. Besonders Obst- und Weinbau sowie Grünlandnutzung bieten sich dafür an. Die neue Bundesregierung unter Kanzler Scholz ist dabei, die bisherigen ordnungsrechtlichen Bremsen zu lösen. Aber auch das Land muss dazu beitragen, dass der Agri-Photovoltaik keine planungsrechtlichen Hürden entgegenstehen. Dies darf nicht allein den Kommunen überlassen bleiben.

Auch Einnahmen aus dem Tourismus können für manchen Bauernhof eine gute Zusatzeinnahme bedeuten, deshalb ist auch dies weiterhin zu fördern.

Daneben spielen Einnahmen z.B. aus der Erzeugung von Käse, Wolle, Saft oder Eis eine zunehmende Rolle. Die bisherige Förderung der Direktvermarktung war ohne ausreichenden Erfolg und muss hinsichtlich ihrer Fördersystematik überprüft werden.

Erzeuger und Verbraucher zusammenrücken

Die landwirtschaftliche Erzeugung im Stall und auf dem Acker hat sich allmählich immer weiter von den Endverbrauchern entfernt. Auch Schulbesuche auf Bauernhöfen oder „Ferien auf dem Bauernhof“ können diese Kluft nicht schließen. Deshalb ist das gegenseitige Verständnis für die Probleme und Fragen des anderen oft mangelhaft. Lebensmittelskandale und eine geänderte Einstellung zum Tierwohl verstärken das gegenseitige Misstrauen.

Über verschiedene Wege kann und muss dieses Vertrauen und gegenseitige Verständnis wiederhergestellt werden. So muss eine ausführliche und verlässliche Kennzeichnung die Verbraucher über Erzeugung, Inhaltsstoffe und Herkunft der Produkte und Qualität der Tierhaltung informieren. Doch damit diese Informationen vertrauenswürdig sind, bedarf es ausreichender Kontrollen, auch der Kontrolleure. Mit Kontrollen in landwirtschaftlichen Betrieben in Baden-Württemberg, die je nach Nutztierart alle 10 bis 20 Jahre erfolgen, kann solches Vertrauen nicht wachsen.

Direktvermarktung und regionale Vermarktung durch Erzeuger oder Genossenschaften sind ebenfalls ein guter Weg, Landwirtschaft und Verbraucher zusammenzuführen, zum Vorteil beider Seiten. Auch die immer mehr entstehenden Gemeinschaften „Solidarischer Landwirtschaft“ und ähnliche andere Wirtschaftsformen bringen Erzeugung und Verbraucher direkt zusammen, dabei entsteht eine sichere wirtschaftliche Basis für die Landwirte und zugleich eine Versorgung der beteiligten Verbraucher mit hochwertigen, biologisch erzeugten Produkten.

Die bestehenden Förderprogramme des Landes müssen daraufhin geprüft werden, ob sie geeignet sind, diese Formen des Zusammenführens von Erzeugung und Verbrauch zu fördern, gegebenenfalls sind sie zu ändern.

Umbau der Förderlandschaft

Ein grundsätzlicher Umbau der Förderlandschaft gelingt nur auf EU-Ebene, denn dort wird festgelegt, wie viele Mittel in der 1. Säule (Direktzahlungen und Eco-Schemes) und

der 2. Säule (gekoppelte Fördermittel wie z.B. FAKT) zur Verfügung stehen. Vor allem aus der 2. Säule können die Mittel gezielt für Leistungen gezahlt werden, die der Umwelt, der Landschaft, dem Klima oder dem Tierwohl nützen. Ob die neu geschaffenen Eco-Schemes ausreichen, um die 1. Säule zu ökologisieren, ist abzuwarten.

Keinesfalls dürfen die Zahlungen an die Landwirtschaft insgesamt zurückgefahren werden. Wenn wir die Agrarwirtschaft umbauen wollen, brauchen wir die Mittel in bisheriger Höhe, doch wir müssen sie gezielter und mit Auflagen verbunden ausgeben. Bei den landwirtschaftlich Arbeitenden wird dann mehr Geld ankommen. Einbußen, die unumgänglich durch den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, Dünger oder durch höhere Tierhaltungsstandards verursacht werden, können dann endlich angemessen vergütet werden. Auch die Leistungen für Landschaftserhalt und Naturschutz können und müssen auskömmlicher ausgestaltet werden.

Für das Land bedeutet das, soviel wie möglich aus der 1. in die 2. Säule zu übertragen, um Programme wie das Fakt oder die Landschaftspflegeleitlinie damit zu stärken. Soweit Mittel in der 1. Säule verbleiben, sollten sie mit strengeren Umweltauflagen verbunden sein.

Gute Arbeit – im Stall und auf dem Acker

Viele Agrarbetriebe sind dadurch gekennzeichnet, dass die Inhaberinnen und Inhaber oft 60 bis 80 Stunden arbeiten müssen. Das ist nicht gut für Familien und es entspricht nicht unseren Vorstellungen von „guter Arbeit“. Bei vielen stimmt dann dennoch nicht das Einkommen, insbesondere Milcherzeuger und auch viele Schweinehalter zehren in Jahren mit schlechten Preisen sogar ihr Betriebsvermögen auf.

Eine neue Agrarpolitik muss auch dieses Problem aufnehmen: Die Zahlungen für Leistungen, die gesellschaftlich nützen (wie die Lebensmittelerzeugung mit höheren Umweltstandards, mehr Tierwohl, Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz) muss auskömmlich bezahlt werden, diese Einnahmen sind dann zugleich entkoppelt von schwankenden Preisen eines Weltmarktes und Witterungseinflüssen. Die bisherigen

flächengebundenen Zahlungen aus der 1. Säule dagegen gehen zu großen Teilen an ohnehin prosperierende Großbetriebe und über die Pachten, die sehr viele Landwirte für ihren Boden zahlen, an die Grundeigentümer. Dieses Geld muss daher umgeschichtet werden, damit mehr bei den tatsächlich landwirtschaftlich arbeitenden Menschen ankommt.

Gute Arbeit in der Landwirtschaft heißt aber auch: Gute Bezahlung und Unterbringung von Hilfs- und Saisonkräften. Hier gibt es keine Alternative zum neuen Mindestlohn, der 2022 auf zwölf Euro pro Stunde erhöht wurde. Unsere Lebensmittel, vom Spargel bis zum Wein, dürfen nicht mit unsozialen Dumpinglöhnen entstehen. Das Gleiche gilt für Beschäftigte in den Schlacht- und Zerlegebetrieben und anderen Zweigen der Agrar- und Lebensmittelbranche.

Landwirtschaft digital

Auch die Landwirtschaft ist heute stark von der Digitalisierung geprägt. Längst finden der Einkauf und auch die Fördermittelbeantragung und der Absatz online statt. Traktoren können heute GPS-gestützt den Acker optimal düngen oder abernten, inzwischen auch autonom. Und auch die Tierhaltung profitiert von der Digitalisierung, dabei steigt nicht nur die Produktivität, sondern auch das Tierwohl kann durch moderne Technik verbessert werden, wenn z.B. moderne Sensorik auf dem Melkstand kranke Tiere rechtzeitig erkennt. Zunehmend hält auch die KI Einzug in die landwirtschaftliche Digitaltechnik, damit bieten sich zusätzliche Chancen für die Robotik in der Landwirtschaft. Die Politik sollte die Digitalisierung dort fördern, wo sie zur Arbeitserleichterung für die Menschen führt, das Tierwohl verbessert oder zu einer Schonung der Umwelt beiträgt. Eine Chance bietet die Digitalisierung auch im Bereich der Saisonarbeit: Durch eine Digitalisierung der Erfassung von Arbeitsleistung und Arbeitszeit kann der bürokratische Aufwand deutlich reduziert werden. Das erleichtert die Umsetzung und Kontrolle von Mindestlohngesetz und Arbeitszeitverordnung.

Agrarland darf kein Spekulationsobjekt sein

Zunehmend wird mit landwirtschaftlichen Flächen am Kapitalmarkt spekuliert, dabei verschiebt sich der Fokus völlig weg von der bäuerlichen Nutzung hin zu Wertsteigerungen und Erträgen. Zugleich konzentriert sich dieser Grund und Boden bei immer weniger Eigentümern, die Förderung, insbesondere aus der 1. Säule, wird als Rendite an die Verpächter weitergereicht, anstatt für eine umweltgerechte Landbewirtschaftung zur Verfügung zu stehen. Dieser Unsinn muss beendet werden: Die erste Säule muss endlich zugunsten anderer Förderprogramme (Geld gegen gemeinnützige Leistungen für Umwelt und Tierwohl) abgeschafft werden. Der Staat hingegen sollte, ähnlich wie das in Frankreich geschieht, im Wege des Vorkaufsrechtes Agrarflächen kaufen, um sie jungen Landwirtinnen und Landwirten als Betriebsgrundlage zu verkaufen oder zu verpachten.

12 Punkte für eine Landwirtschaft mit Zukunft

1. Wir wollen eine neue Agrarpolitik, in der alle Interessen der Landwirtschaft, der Verbraucher, der Umwelt und des Tierwohl fair miteinander verhandelt werden. Denn die Krise der derzeitigen Landwirtschaft muss überwunden werden.
2. Die Landwirte müssen für Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen (umweltschonendes Wirtschaften, Landschaftspflege, tiergerechte Nutztierhaltung und Vertragsnaturschutz) angemessen, das heißt besser bezahlt werden.
3. Zur Finanzierung der Agrarwende müssen mehr als bisher Fördermittel der EU weg von den Direktzahlungen hin zu Fördermitteln der 2. Säule umgeschichtet werden. Zudem müssen die Mittel in der 1. Säule mit wirkungsvolleren Auflagen für Tierwohl und Umwelt einhergehen.
4. Alle Bestrebungen der Direktvermarktung, Zusammenschlüsse von Landwirten zur Verarbeitung und Vermarktung sowie neue Initiativen, die Verbraucher und

- Erzeuger zusammenbringen (wie z.B. Solidarische Landwirtschaft) müssen verstärkt unterstützt werden, um dem Marktungleichgewicht hunderttausender Erzeuger und sehr weniger Handelsketten entgegenzuwirken.
5. Die Technisierung und Digitalisierung der Landwirtschaft muss da, wo dies dem Landwirt (Arbeitserleichterung), dem Tierwohl oder der Umwelt dient, gefördert werden (das ist bislang nicht der Fall). Nicht förderwürdig ist das Erreichen höherer Erträge auf Kosten von Menschen, Tieren und Umwelt.
 6. Wir wollen gute Arbeit für Arbeitnehmer in der Landwirtschaft durch konsequente Umsetzung von Mindestlohngesetz, Tarifen und Arbeitszeitgesetz.
 7. Der ökologische Landbau soll weiterhin wachsen, so wie auch die Nachfrage auf Verbraucherseite kontinuierlich ansteigt. Dies ist durch die Ordnungs- und Förderpolitik des Landes zu flankieren.
 8. Die konventionelle Landwirtschaft muss umweltschonender werden. Um die Landwirtschaft zukunftsfähig zu machen, müssen der Einsatz von Herbiziden, Pestiziden und Fungiziden so stark reduziert werden, dass die Biodiversität wieder ansteigt. Alternativen sind, wo das nötig ist, zu entwickeln.
 9. Die Wirkung der neuen Düngeverordnung muss hinsichtlich ihrer Zielerreichung (weniger Dünger, Schutz des Grundwassers) kritisch beobachtet und auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden.
 10. Alle zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe durch Energie- und Rohstoffproduktion müssen weiterhin durch Beratung und, wo nötig, Förderung, unterstützt werden.
 11. Wir brauchen eine Offensive in der Anwendung der Agri-Photovoltaik und mehr Windkraftnutzung auch auf landwirtschaftlichen Flächen, da sich beides mit der Erzeugung von Lebensmitteln gut kombinieren lässt.
 12. Dem zunehmenden Spekulieren mit landwirtschaftlichen Böden und den damit einhergehenden nicht markgerechten Preiserhöhungen ist durch staatliche Intervention zu begegnen, auf Bundes- wie auf Landesebene.

Quellen und weitergehende Informationen:

- [ZA-NexUS-Studie, 2017](#): Zukunftsfähige Agrarpolitik – Natur erhalten, Umwelt sichern
- [Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung](#), Wissenschaftlicher Beirat des BMEL, 2015
- [Ernährungsreport 2017 des BMEL](#)

Glossar:

ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes

EPLR: Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

FAKT: Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl

GAK: Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (Investitionshilfeförderung des Bundes)

GAP: Gemeinsame Agrarpolitik (der EU)

Greening: Umweltrelevante Auflagen an die Zahlung der Fördermittel aus der 1. Säule seit 2015, wie Anbaudiversifizierung oder Dauergrünland-Erhalt

Februar 2023

Ansprechpartner: Jan-Peter Röderer MdL, Agrarpolitischer Sprecher und Nils Opitz-Leifheit, Parl. Berater